

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise  
find in der Morgenausgabe anzusehen  
Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-291  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlins

# Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftsjahr 9-5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 66, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-291

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Schlussitzung im Landtag.

## Kleine Vorlagen. — Erwerbslosenhilfe.

Das Haus verabschiedet zunächst ohne Debatte eine Reihe kleiner Vorlagen, durch die weitere Staatsmittel bereitgestellt werden zum Bau eines Deiches in der Legebucht im Regierungsbezirk Kurich, zur Begräbnisstätte im Regierungsbezirk Schleswig, für Landgewinnungsarbeiten an der Nordseeuferküste in den Regierungsbezirken Schleswig und Kurich, zur beschleunigten Kultivierung privater Heide- und Moorländer durch den Staat sowie zur Ausführung von Bodenverbesserungen auf staatlichen Domänenvorwerken und anderen domänenfiskalischen Grundstücken.

Bei der Vorlage, die mehr als 9 Millionen für den weiteren Ausbau des

### Stettiner Hafens

fordert, stellt Abg. Stoll (Komm.) einige technische Forderungen auf und verlangt, daß die bei den Hafenarbeiten in Stettin verwendeten Erwerbslosen die tariflichen Löhne erhalten, und daß zur Vinderung der örtlichen Erwerbslosigkeit nur Stettiner Arbeiter zu den Ausbauten herangezogen werden. Die Kommunisten würden der Vorlage zustimmen, weil der Ausbau des Stettiner Hafens dem Wirtschaftsverkehr mit Sowjetrußland zugute komme.

Abg. Frau Noack (Dnat.) erinnert daran, daß der Staat, der mit der Stadt Stettin die Hafenbetriebsgemeinschaft bildet, nicht die an dieses Kompagniegeschäft geknüpften Hoffnungen erfüllt habe. Auch jetzt wolle er nur gerade das dringendste Notwendige zum Hafenausbau zugestehen. Unbedingt müssen im Laufe der nächsten Jahre mehr Mittel für diese Zwecke bereitgestellt werden.

Abg. Deder-Stettin (Soz.) schließt sich den Ausführungen der Rednerin an und verweist darauf, daß durch die gegenwärtige Vorlage die Arbeiten wieder in Gang kommen würden, was die Stettiner Erwerbslosen besonders lebhaft empfänden. Für die Zukunft werde der Ausbau mehr zu fordern sein, wie dies ein programmatischer Ausschuhentwurf wolle.

Abg. Mehnert (D. Vp.) verweist auf die seitherige Benachteiligung des Danziger vor dem Stettiner Hafen, die auf die billigen polnischen Eisenbahntarife zurückzuführen sei und ein Eintreten für Stettin dringend erforderlich mache.

Abg. Meinede (Dem.) befragt die Vorlage und die Einigkeit aller Parteien bei ihrer Verabschiedung. Hoffentlich würde sich diese Einmütigkeit in Zukunft auch dann ergeben, wenn es gelte, dem Staatsfiskus die notwendigen Mittel zuzuführen.

Nach einem Schlusswort des Berichterstatters, Abgeordneten Riehlfeld (Dnat.), wird die Vorlage endgültig mit großer Mehrheit verabschiedet. Dazu findet ein Ausschuhentwurf Annahme, der für das nächste Staatjahr neue Staatsmittel zum Ausbau des Stettiner Hafens fordert und verlangt, daß Stettin nicht schlechter gestellt werde als Hamburg. Angesichts der großen Arbeitslosigkeit soll der Bau der Kai- und Ladegruppen möglichst ohne Unterbrechung durchgeführt und der Bau des Speichers so beschleunigt werden, daß für das laufende Jahr zwei Millionen verbaut werden.

Der Entwurf über Bereitstellung weiterer 400 000 M. zur Ausführung von Bodenverbesserungen auf staatlichen Domänenwerken und anderen domänenfiskalischen Grundstücken wird ohne weitere Aussprache verabschiedet.

Es folgt die Beratung des Antragtragers Pies (Komm.), monach das Staatsministerium beauftragt werden soll, für eine Bestrafung

der im Falle Eppstein für die Verletzung der Immunitätsrechte verantwortlichen Beamten Sorge zu tragen. Abg. Bartels (Komm.) legt Verwahrung dagegen ein, daß man es unteren Exekutivbeamten überlasse, zu entscheiden, ob die Immunität in Frage komme.

Abg. Orzeszko (Soz.) ist der Ansicht, daß alle Sicherungen getroffen werden müssen, um die Immunität zu schützen. Der Standpunkt des Reichsministers des Innern könne nicht befriedigen.

Die Angelegenheit Eppstein wird durch das vom Reichsinnenministerium erstellte Gutachten für erledigt erklärt. Im Falle Dörr, der aus der kommunistischen Fraktion ausgeschlossen ist, und gegen den Anklage wegen Unterschlagung erhoben ist, wird die Genehmigung zur Strafverfolgung erteilt. Im Falle Lademann wegen Gotteslästerung und in einer Reihe anderer Fälle wird die Genehmigung zur Strafverfolgung verweigert.

Es folgt die Beratung des Antrages Graf v. Garnier (Dnat.), zur Änderung der ersten Rot der durch die Hochwasserfluten im Hirschberger Tal Betroffenen eine sofortige erste Staatsbeihilfe von 550 000 M. dem Regierungspräsidenten von Biegnitz zur Verfügung zu stellen sowie weitere Summen in Friedensjahrgängen verfügbar zu machen.

Nach kurzer Beratung wird der Ausschuhentwurf angenommen, den Antrag durch die zu den Hochwasserfluten bereits gefassten Beschlüsse für erledigt zu erklären.

Das Haus verabschiedet sodann den Entwurf über die Aufhebung veralteter Bestimmungen, die privatrechtliche Baubeschränkungen in der Provinz Hannover enthielten.

### Erwerbslosenhilfe.

Es folgt die Beratung des kommunistischen Antrages, der fordert, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß zur Vinderung der Not der Erwerbslosen Maßnahmen ergriffen werden. So soll die Erwerbslosenfürsorge ausgebaut, die Unterstützungssätze sollen um 50 Prozent erhöht werden. Es soll kein Unterschied bei Jugendlichen gemacht werden. Der Hauptauschuh hat unter Ablehnung der kommunistischen Forderungen am Mittwochabend den bereits bekannten Beschluß gefasst, der ein Programm vorgelegt zur Abhilfe. Insbesondere sollen Rotstandsarbeiten ausgeführt werden. Die Erwerbslosenfürsorge soll produktiv gemacht werden.

Abg. Allan (Komm.) berichtet über die Ausschuhverhandlungen. In der Besprechung erklärt Abg. Kollwitz (Komm.), der Landtag der Arbeiterfreunde habe die kommunistischen Anträge zur Steuerung der Erwerbslosennot abgelehnt. Die Abgeordneten bekämen zwar ihre Diäten für die Ferien vorausgezahlt, aber sie wollten nicht einmal eine einmalige Beihilfe von 100 Mark für die Erwerbslosen zugestehen. Die in den Reichsparteien vereinigten kapitalistischen Vertreter wollten erreichen, daß die Erwerbslosen, wenn sie nicht Hungers sterben, auswandern. (Unruhe rechts.)

Abg. Jries-Siegen (Soz.) meint, wenn mit Reden den Arbeitslosen geholfen werden könnte, würde die Rede des Abg. Kollwitz ihnen auch nichts nützen. Kollwitz war ja gar nicht einmal bei den Ausschuhberatungen (hört, hört!), die sachliche Arbeit und positive Ergebnisse für die Erwerbslosen brachten. (Sehr wahr! — Lärm bei den Kommunisten.)

Mit großer Mehrheit wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Die Entscheidung über die zur Erwerbslosennot vorliegenden Ausschuh- und Änderungsanträge wird zurückgestellt.

### Spanien und die Ratsfrage.

#### Für die Gleichberechtigung aller Ratsmitglieder.

Madrid, 8. Juli. (WZ.) In einer Unterredung über den Antrag der spanischen Abordnung bei dem letzten Kongress der Internationalen Vereinigung der Völkerbundsmitglieder in Aberystwyth, dessen Erörterung durch Stimmenmehrheit und zahlreiche Stimmhaltungen, namentlich seitens Japans und Deutschlands, vertagt wurde, erklärte der Minister des Auswärtigen Panguas u. a. folgendes: Das spanische Kabinett hält nachmals die Auffassung aufrecht, die ich in einem Vortrag vor der Akademie für Rechtswissenschaften dargelegt habe, nämlich, daß die ideale Zusammenfassung des Völkerbundes dem weltumfassenden und auf Gleichberechtigung begründeten Begriff einer derartigen internationalen Gemeinschaft vollzogen entspräche, wenn es in diesem Rate nur eine Art Mitglieder gäbe, die von der Versammlung freigestellt würden. Der von den Vertretern der spanischen Völkerbundsliga, einer privaten und der Regierung fernstehenden Organisation, vorgebrachte Antrag war von demselben Geiste getragen. Das Verlangen Spaniens nach einem ständigen Sitz im Völkerbundsrat bleibt von der Voraussetzung abhängig, daß nach wie vor dieser Rat aus zwei Arten Mitglieder bestehe, da wir der Meinung sind, daß es in diesem Fall keinen Grund gebe, der die Uebertragung Spaniens rechtfertigen würde. Spanien würde aber ohne Zögern die Auffassung der Gleichberechtigung unterstützen, wenn der gegenwärtige Zustand des Völkerbundes und die Absichten der verschiedenen Mitglieder, die während der September-Tagung die Entscheidung herbeiführen werden, die Annahme dieser Formel erlauben.

### Baldwin will selbst nach Genf gehen.

London, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach Gerüchten, die am Mittwoch in den politischen Kreisen Londons umliefen, wird Ministerpräsident Baldwin selbst die englische Delegation auf dem September-Vollversammlung des Völkerbundes führen. Außerdem soll Außenminister Chamberlain der Delegation angehören sowie die Herzogin von Atholl, die Unterstaatssekretärin im Wohlfahrtsamt ist.

### Die Machtstellung Pilsudskis.

#### Schloß Belvedere als Residenz. — Generalinspekteur im Frieden. — Oberster Kriegsherr im Kriege.

Warschau, 8. Juli. (WZ.) Auf Grund eines Ministerratsbeschlusses wurde dem Kriegsminister Marschall Pilsudski in seiner Eigenschaft als Generalinspekteur der Armee das Schloß Belvedere samt seinen ausgedehnten Parkanlagen als Sitz zugewiesen. Hiermit tritt die Machtstellung Pilsudskis auch äußerlich in Erscheinung. Das bei der Revolution stark unkompromittierte Schloß Belvedere ist seit Erschaffung der Republik Polen stets der Sitz des Staatsoberhauptes gewesen. (1) Pilsudski wird als Kriegsminister gleichzeitig im Gebäude des Kriegsministeriums und als Präsident des Obersten Kriegsrats im Generallstabsgebäude seine Amtsräume haben. Als Generalinspekteur der Armee wird Pilsudski im Kriegsministerium oberster Chef des polnischen Heerwesens.

### Keine Landtagsauflösung in Bayern.

#### Revision des Dawesabkommens gefordert.

München, 8. Juli. (WZ.) In der heutigen Plenarsitzung des Bayerischen Landtags fand ein deutschnationaler Antrag einstimmige Annahme, der die bayerische Staatsregierung ersucht, bei der Reichsregierung einleitende Schritte zur Ueberprüfung des Dawes-Gutachtens zu unternehmen.

Nach kurzer Aussprache lehnte das Haus mit allen Stimmen gegen die der Nationalsozialisten, der Sozialdemokraten und der Kommunisten den nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung des Bayerischen Landtages ab.

### Ohreigen für Streicher.

München, 8. Juni. (WZ.) In den Wandelgängen des bayerischen Landtages trat heute vormittag der sozialdemokratische Abg. Gerhard Bauer auf den nationalsozialistischen Abg. Streicher zu und versetzte ihm mehrere Ohreigen. Der Grund dazu dürfte darin zu suchen sein, daß sich Bauer durch Angriffe in einem Artikel des „Türmer“ beleidigt gefühlt hat.

### Politische Frauenschulung.

#### Ein Verdienst des Reichsbildungsausschusses.

Von Anna Geyer.

In der Sozialdemokratie wie in allen anderen Parteien hat sich eine Arbeitsteilung zwischen männlichen und weiblichen Mitgliedern herausgebildet, die die Mitarbeit der Frau vornehmlich auf Wohlfahrtspflege, Bevölkerungspolitik und allenfalls Sozialpolitik beschränkt. Ist auf diesen Gebieten der Fraueneinfluß stark, zum Teil sogar ausschlaggebend, so entspricht er in Fragen der allgemeinen Politik längst nicht der zahlenmäßigen Stärke der Frauen. Das gilt für die innerparteiliche wie für die öffentliche Tätigkeit unserer Genossinnen.

Die Gründe für die Beschränkung der politischen Frauenarbeit sind naheliegend. Ein großer Teil unserer Genossinnen hat aus eigenem Erleben und eigener Not heraus ein ursprüngliches Interesse für alle wohlfahrtspflegerischen Arbeiten. Für sie führt der Weg zur Anteilnahme am öffentlichen Leben über die Hilfsbereitschaft gegenüber den notleidenden Klassengenossen. Um helfen zu können, suchen sie dann in zweiter Linie Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten zu gewinnen. Unendlich mühselige Kleinarbeit wird meistens von diesen Genossinnen geleistet. Ihrer Tüchtigkeit ist der Aufbau einer achtunggebietenden sozialistischen Organisation — der Arbeiterwohlfahrt — gelungen, in der heute ungefähr 130 000 Parteimitglieder, vornehmlich Frauen, tätig sind.

Der Wohlfahrtsarbeit gegenüber empfinden die Frauen fast nie starke Hemmungen. Um so schwerer fällt es dagegen vielen Parteigenossinnen, ihre Hemmungen gegenüber der allgemein-politischen Betätigung zu überwinden. Historisch betrachtet ist das sehr wohl zu verstehen. Im Gegensatz zu den Männern sind fast alle Frauen aufgewachsen mit einem starken Gefühl ihrer politischen Minderwertigkeit. In den wenigen Jahren politischer Gleichberechtigung ist es nur einem verhältnismäßig kleinen Kreis von Frauen gelungen, dieses Minderwertigkeitsgefühl Herr zu werden. Ernste Arbeit und die Aneignung gründlicher Sachkenntnisse auf Spezialgebieten, das war im allgemeinen der Weg, den diese Frauen beschritten haben. Die solide, sachliche Arbeit dieser Frauen hat ihrer Tätigkeit die Achtung aller Vorurteilslosen gesichert. Der tolle Mut eines Drauflosredens und Drauflosbehauptens ohne die ausreichenden Sachkenntnisse „ziert“ heute ungleich mehr Männer als Frauen. In allen Versammlungen wie in den Parlamenten und Fraktionen läßt sich die Beobachtung machen, daß die Frauen im allgemeinen nur reden, wenn sie wirklich sachlich etwas zu sagen haben. Es steigt deshalb sowohl im Interesse der Parteigenossinnen wie der Partei selbst, wenn den Frauen die politischen Schulungsmöglichkeiten erleichtert werden. Die Bedingungen zur Aneignung politischen Wissens sind für die Frauen des Proletariats ungünstiger als für die Männer, weil die Frauen zu einem Teil durch Berufs- und Hausarbeit stärker belastet sind, und weil die Kur-Hausfrauen einer besonders großen Energie bedürfen, um aus ihrer Kleinlichkeit, in der Isolation des Einzelhaushalts verrichteten Tagesarbeit den Weg zu politischer Schulung zu finden.

Es ist deshalb außerordentlich zu begrüßen, daß der Reichsausschuh für sozialistische Bildungsarbeit in diesem Jahr damit begonnen hat, auch einen besonderen Schulungskursus für Frauen zu veranstalten. Der Kursus hat in dem schon gelegenen Genossenschaftsferienheim Friedrichroda in der Woche vom 27. Juni bis 4. Juli stattgefunden. Es bedeutete für viele Teilnehmerinnen einen förmlichen Einschnitt in ihrem Leben, daß sie einmal eine Woche lang, befreit von den niederziehenden kleinen Sorgen des Alltags, sich selbst und ihrer geistigen Fortbildung leben konnten. Für die Teilnahme war ein Höchstalter von 40 Jahren festgelegt, so daß es sich vorwiegend um jüngere Genossinnen handelte, die sich in dieser Woche mit einem ganz ungewöhnlichen Eifer und Interesse um die Erweiterung ihrer sozialistischen Erkenntnis bemühten. 41 tüchtige Funktionärinnen aus allen Parteibezirken nahmen an dem Kursus teil.

Thema des Kursus war das Heidelberger Programm. Die Leitung lag in der Hand der Verfasserin. Als Gastlehrer wirkten außerdem mit die Genossen A. Stein und Dr. Herz-Spandau sowie die Genossinnen Marie Juchacz und Dr. Hildegard Wegscheider-Ziegler. Außer den Vorträgen und Diskussionen über die einzelnen Teile des Heidelberger Programms wurden Uebungen im Disponieren von Reden und in Versammlungsberichterstattung für die Presse abgehalten. Die rein theoretische Arbeit wurde also ergänzt durch praktische Unterweisungen.

Nach dem übereinstimmenden Urteil aller Lehrer wie der Teilnehmerinnen selbst war der Kursus sehr erfolgreich. Es ist von ihm eine starke Belebung und Vertiefung der Agitationsarbeit unter den Frauen zu erwarten. Mit großem Verneifer folgten die Genossinnen den Rednern auf politische Spezialgebiete, deren Wesen und Problematik zum Teil ihrem seitherigen Gesichtskreis vollkommen fern lagen. Hat sich den Teilnehmerinnen in den wenigen Tagen natürlich auch nicht die sozialistische Theorie in ihrem gesamten Umfang erschlossen, so ist doch als sicher anzunehmen, daß viele an dem Kursus beteiligte Genossinnen ihre Scheu vor manchen Arbeitsgebieten, wie etwa Wirtschafts-, Finanz- oder Steuerfragen, in





